

**Harald Petzold (Havelland)**

Der dritte Bereich, den ich ansprechen möchte, ist die Medienordnung. Ich gönne den Menschen in Thüringen eine bessere Regierung, und ich gönne ihnen mit Bodo Ramelow einen linken Ministerpräsidenten. Ich als Medienpolitiker habe natürlich verständlicherweise ein Eigeninteresse an einem politischen und personellen Wechsel in der Erfurter Staatskanzlei; denn in den Staatskanzleien wird die Medienpolitik gemacht, unter anderem auch die Medienordnung.

Wenn die Kanzlerin sagt: „Wir müssen die Start-up-Unternehmen stärker unterstützen“, dann sage ich: Natürlich! Das hat etwas mit der Medienordnung zu tun. Denn die Medienordnung stimmt seit langem nicht mehr mit dem überein, was tatsächlich Medienrealität ist. Deswegen brauchen wir an dieser Stelle unbedingt eine Änderung und einen neuen Impuls.

(Martin Dörmann [SPD]: Die Bund-Länder-Kommission ist ja schon längst verabredet!)

Daher sage ich: Am Sonntag wählen gehen in Thüringen und Brandenburg und die Linke wählen! Das ist ein guter Schritt, damit an dieser Stelle endlich eine Veränderung einsetzt und wir auch in der Medienordnung vorankommen.

Vielen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

(B) Das Wort hat die Staatsministerin und Beauftragte für die Angelegenheiten der Kultur und Medien, Professor Dr. Monika Grütters.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Monika Grütters**, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach der bewegenden Gedenkstunde heute Vormittag zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren fällt es in einer Debatte über den Kulturhaushalt, der auch die Mittel für die Erinnerungskultur und die authentischen Orte des Gedenkens einschließt, in der Tat nicht leicht, einfach zur Tagesordnung überzugehen.

Ich bitte den Fraktionsvorsitzenden der Linken, Herrn Gysi, ganz kurz zuzuhören. – Herr Petzold, Sie haben kritisiert, es seien Mittel für das Gedenken gestrichen worden. Das ist nicht richtig. Das Gegenteil ist der Fall: Mehrere neue Gedenkstätten wie zum Beispiel der Jugendwerkhof Torgau wurden in die Gedenkstättenkonzeption aufgenommen. Außerdem haben wir die Mittel für dieses Gedenkjahr erheblich erhöht, unter anderem, weil wir die Ausstellung zur friedlichen Revolution vor 25 Jahren am Standort Normannenstraße neu errichten möchten.

Mit Blick auf unsere Gedenkstunde und die aktuelle politische Situation bin ich dankbar für den geradezu symbolträchtigen Zufall, dass sich ausgerechnet heute, am 10. September 2014, die Überführung des wohl berühmtesten Picasso-Bildes nach Spanien zum 33. Mal jährt. Es ist ein Gemäde, das, so denke ich, wie kaum

ein anderes geradezu symbolhaft wie eine zeitlose Antikriegsikone wirkt.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Es ist das Bild „Guernica“. Dieses Bild sollte nach Picassos Willen erst dann in sein Heimatland Spanien rücküberführt werden – es war bis dahin im MoMA in New York –, wenn sein Heimatland wieder eine Demokratie ist.

Es ist 1937 unter dem Eindruck der deutsch-italienischen Luftangriffe während des spanischen Bürgerkriegs entstanden. Guernica, die gleichnamige baskische Stadt, wurde dabei dem Erdboden gleichgemacht; mehr als 1 500 unschuldige Menschen wurden ermordet. Auf rund 27 Quadratmetern Leinwand sind heute tote, verstümmelte, in Panik flüchtende Menschen und Tiere zu sehen, abgetrennte Gliedmaßen, aufgerissene Mäuler – das blanke Entsetzen eines Krieges eben. „Guernica“ offenbart schonungslos die Gräueltat jedes Krieges und zwingt uns, zu sehen, was im bloßen Abwägen des Für und Wider eben nicht immer sichtbar wird. Darin liegt das Subversive, das Verstörende, aber eben auch die Kraft der Kunst, auch dieses Werkes.

Es sagt viel über die Verfasstheit einer Gesellschaft aus, ob sie bereit ist, sich damit wirklich auseinanderzusetzen. Wir haben nicht zuletzt aus unserer Erfahrung mit der menschenverachtenden Diktatur des Nationalsozialismus die Lehre gezogen, dass wir die Künstler, die Kreativen, die Vor-, die Querdenker als kritisches Korrektiv unserer Gesellschaft brauchen, als Stachel im (D) Fleisch der Demokratie – deshalb ist deren Freiheit schon sehr früh in der Verfassung, in Artikel 5, festgeschrieben. Sie sind es, die immer wieder Grenzen ausloten, provozieren, hinterfragen, aber eben auch verhindern, dass intellektuelle Trägheit, argumentative Fantasielosigkeit und auch manche politische Bequemlichkeit die Demokratie einschläfern. Vielfalt und Freiheit für Kultur und Medien zu sichern, muss deshalb oberster Grundsatz unserer Kulturpolitik sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wenn wir über den Kultur- und Medienetat reden, meine Damen und Herren, dann reden wir immer auch darüber, was uns die kulturelle Vielfalt und Freiheit wert sind. Deshalb bin ich froh, dass wir den Kulturhaushalt des Bundes trotz des notwendigen und richtigerweise strikten Sparkurses auch gegenüber dem zweiten Regierungsentwurf des Haushalts 2014 noch einmal leicht erhöhen konnten. Das ist auch ein Bekenntnis der Regierung zum besonderen Stellenwert der Kunst und Kultur. Ich bin froh, dass dies hier sehr wohl fraktionsübergreifend unterstützt wird.

Eine in diesem Sinne gute und enge Zusammenarbeit wünsche ich mir aber auch mit den Ländern und Kommunen. Ich habe nach dem ersten Treffen im März mit den 16 Kulturministerkolleginnen und -kollegen der Länder sowie den Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Spitzenverbände vereinbart, dass wir uns künftig zweimal im Jahr in dieser Zusammensetzung

Staatsministerin Monika Grütters

(A) treffen. Das hatte es noch nie gegeben, aber es soll jetzt wegen der guten Erfahrungen verstetigt werden.

Außerdem bin ich in den letzten Monaten in 27 Städten und Kommunen gewesen und habe immer wieder zwei Erfahrungen machen müssen.

Die eine Erfahrung ist: Es gibt Länder, die aufgrund des Engagements des Bundes die Mittel für ihre Förderprogramme, beispielsweise Nordrhein-Westfalen im Bereich des Denkmalschutzes, prompt nicht nur herunterfahren, sondern ganz streichen. So war das nicht gemeint, und so darf es auch nicht sein. Wir müssen die Länder gelegentlich durchaus öffentlich stärker in die Pflicht nehmen. Auf Kulturhoheit pochen und sich bei der Finanzierung aus der Verantwortung stellen – das geht so nicht!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zum anderen sehen wir, dass gelegentlich Kommunen, die ja eigentlich sehr viel für die Kultur tun – natürlich kennen auch wir die finanziellen Nöte der Städte und Gemeinden – jetzt gerade hier den Rotstift ansetzen. Das kostet mittelfristig mehr, als es an Einsparungen bringt; das wissen wir. Ich bitte Sie, auch in Ihren Wahlkreisen immer mal wieder auf diesen Mechanismus hinzuweisen – das muss man nämlich vor Ort tun – und nicht nur hier zu applaudieren.

Der Bund tut alles, was im Rahmen des Grundgesetzes möglich ist, um die kulturelle Vielfalt vor Ort zu fördern. Da gibt es nicht nur herausragende Programme wie

(B) zum Beispiel den Kinoprogrammpreis, den Spielstättenprogrammpreis und das Programm zur Förderung der Digitalisierung von Kinos, damit sie als Kulturorte erhalten bleiben, sowie die Denkmalschutzprogramme – auch im Bereich Buch wollen wir künftig etwas tun –, sondern wir entlasten die Kommunen auch materiell, zum Beispiel bis 2016 von den Pflichtleistungen für Kosten der Unterkunft und Grundsicherung im Alter, und zwar in Milliardenhöhe. Das schafft Investitionsfreiräume, die gut für freiwillige Leistungen und da zuvörderst für die Kultur genutzt werden können.

Im Rahmen dieses kleinen kulturföderalistischen Exkurses möchte ich aber auch sagen, dass vieles in der Zusammenarbeit supergut funktioniert. Ich bin ehrlich stolz, dass es in Zusammenarbeit mit allen Bundesländern, mit den Kommunen und der Kulturstiftung der Länder gelingen wird, unser Deutsches Zentrum Kulturgutverluste tatsächlich noch Ende dieses Jahres an den Start zu bringen – in Form einer Stiftung, die in Sachsen-Anhalt gegründet wird. Wir haben darüber hinaus auch international Erfolge: Die Vereinbarung mit der israelischen Regierung über die Zusammenarbeit ist geschlossen. Dass das in so kurzer Zeit auf beiden Seiten möglich war, zeigt, finde ich, wie Zusammenarbeit in der Kultur funktionieren kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Martin Dörmann [SPD])

Das ist deshalb wichtig, weil es in 60 Prozent aller Museen

Bestände gibt, die noch nicht erforscht sind, aber nur 10 Prozent dieser Museen die Mittel haben, um solch eine Arbeit zu leisten. Ich finde, es ist unsere aller Aufgabe, dabei zu helfen, und das tun wir gern.

Ein weiteres Thema, das in Gesprächen mit Künstlern und Kreativen immer wieder hochkommt, ist die Sorge, dass die Vielfalt der Kultur in unserem Land Stück für Stück dem Primat des Ökonomischen geopfert werden könnte. Ich nehme diese Sorge sehr ernst und werde einiges tun, um die Freiheit der Kunst konkret zu stärken. Das gilt zum Beispiel für die staatliche Filmförderung – der Film hat eben einen Doppelcharakter: Wirtschaftsgut und Kulturgut –, das gilt aber natürlich auch für die Buchpreisbindung. Gerade Filme und Bücher sind in unserer Kulturlandschaft wichtig, weil sie viel mehr sind als bloße Handelsobjekte.

Deshalb habe ich mich auch mit den Autoren solidarisiert, die von Amazon unter Druck gesetzt worden sind. Natürlich sind Rabattverhandlungen mit den Verlagen wirtschaftlich legitim. Ich glaube, der Sündenfall besteht in diesem Fall darin, dass man sich an den Autoren, an den Künstlern, die am Beginn der Kette stehen, rächt, wenn die Verlage auf die Rabattforderungen nicht eingehen. Das geht kulturpolitisch wirklich zu weit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt ja nur einen kleinen Handlungsspielraum für Gegenmaßnahmen. Wir können über kartellrechtsähnliche Regeln bei Google, Amazon usw. nachdenken, aber wir können natürlich auch kulturpolitisch etwas tun, zum Beispiel mit einem Preis für kleine, inhabergeführte Buchhandlungen, um dieses Netz geistiger Tankstellen, wie Helmut Schmidt es so schön gesagt hat, ein bisschen zu stärken. Ich glaube, dass selbst kleine Summen – analog zum Kinoprogrammpreis – große Wirkung entfalten können. Damit passen wir auch unsere Arbeit an diese neue Herausforderung an. (D)

Am Beispiel Amazon sehen wir aber auch, worin die vielleicht größte Herausforderung für die Kultur- und Medienpolitik im digitalen Zeitalter besteht: Es geht darum, die Rahmenbedingungen für ästhetische Vielfalt und Meinungsvielfalt der digitalen Lebenswirklichkeit anzupassen. Die Demokratie lebt von unterschiedlichen Standpunkten, Perspektiven und Weltanschauungen. Diese Vielfalt in unserer Medien- und Kulturlandschaft zu sichern und dabei der Perspektive der Kunst zur Geltung zu verhelfen – neben dem Blickwinkel der Ökonomie, des Rechts, der Wissenschaft, der Religion –, das bleibt, glaube ich, über das Haushaltsjahr 2015 hinaus eine große Herausforderung. Dabei hoffe ich natürlich weiterhin auf Ihre Unterstützung, ganz im Sinne Pablo Picassos, der – das möchte ich zum Abschluss sagen –, lange bevor er „Guernica“ gemalt hat, es einmal so formuliert hat – ich zitiere –: Wir alle wissen, daß Kunst nicht Wahrheit ist. Kunst ist

Das ist deshalb wichtig, weil es in 60 Prozent aller Museen – manchmal –

**Staatsministerin Monika Grütters**

eine Lüge, die uns die Wahrheit begreifen lehrt, wenigstens die Wahrheit, die wir als Menschen begreifen können.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, liebe Monika Grütters. – Nächste Rednerin in der Debatte für Bündnis 90/Die Grünen: Tabea Rößner.

**Tabea Rößner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir leben in bewegten Zeiten. Kultur und Medien sollen uns – gerade in solchen Zeiten – zum Reflektieren anregen, helfen, aktuelle Geschehnisse einzuordnen, oder der Stachel im Fleisch sein, wie Frau Grütters es eben sagte. Sie stehen aber selbst vor einem Umbruch.

Eine der größten Herausforderungen ist das Handelsabkommen TTIP. Eigentlich sollen Kultur und audiovisuelle Medien ausgenommen sein, aber wer kann da – bei so intransparenten Verhandlungen – so sicher sein? Es ist doch bezeichnend, Frau Grütters, dass Sie TTIP nicht einmal erwähnt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

(B) Deshalb frage ich Sie: Was ist tatsächlich mit unseren Kulturgütern, die die Amerikaner nur als Wirtschaftsgüter betrachten? Was ist mit der Buchpreisbindung? Was ist mit der Filmförderung? Was ist mit dem Schutz der Urheber? Und was ist mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk? Wir sagen ganz klar: Europäische Kulturstandards dürfen den Handelsinteressen nicht geopfert werden!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN – Martin Dörmann [SPD]: Dafür werden wir sorgen!)

Natürlich gibt es Befürchtungen der Kreativen in Deutschland. TTIP soll den Markt liberalisieren und Subventionen und Preisbindungen beseitigen, die den Wettbewerb verzerren könnten. Da wird deutlich, gegen wen wir hier antreten: Das sind Giganten wie Amazon, die ein Interesse daran haben, europäische Standards zu mindern. Amazon hat mit seinem erpresserischen Vorgehen ja sehr deutlich gezeigt, welche Ambitionen es tatsächlich hat. Buchpreisbindung, Urheberrecht, Filmförderung – all dies sind für solche Konzerne europäische Sonderlinge, die dem Profit im Wege stehen. Aber für uns sind Kultur und Medien eben nicht nur Ware. Sie sind elementar für eine vielfältige, für eine innovative, für eine demokratische Gesellschaft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie bieten uns in bewegten Zeiten Halt. Deshalb ist es unsere Aufgabe, sie zu schützen.

Die Staatsministerin ist sehr spät auf den fahrenden

Protestzug aufgesprungen. Die französischen Kollegen haben sich früher und auch viel engagierter für diese Ausnahmen eingesetzt. Wir fordern die Bundesregierung auf: Ziehen Sie die Notbremse! Binden Sie die Akteure ein, und sorgen Sie für Transparenz!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Martin Dörmann [SPD]: Das wird doch gemacht!)

Auch die Deutsche Welle steht vor bewegten Zeiten. Die Umstrukturierung des Senders bereitet vielen Sorge. Der Intendant will den BBCs und CNNs dieser Welt Konkurrenz machen, muss aber gleichzeitig sparen. Die Inhalte sollen multimedial sein, und zugleich soll das Fernsehprogramm ausgebaut werden. Das ist so, als würde man gleichzeitig vorwärts und rückwärts laufen wollen. Solch ein Laufen ist nicht sinnvoll und kostet vor allen Dingen viel Kraft. Über 200 der 3 000 Mitarbeiter stehen bereits auf der Straße. Ist das sozial verträglich?

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN sowie des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mitten in der Umstrukturierung werden viele Mitarbeiter im Regen stehen gelassen. Das können wir so nicht dulden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Noch ein paar Worte zum Film. Die Staatsministerin ist dabei, sowohl das Erbe als auch die Zukunft des deutschen Films zu verspielen.

Unser Filmerbe besteht aus Zehntausenden Filmrollen. Um sie zu bewahren, müssen sie digitalisiert werden. Aber die extra Million, die es 2014 gab und die im Juli schon aufgebraucht war – mit diesem Geld wurden gerade einmal 74 Filme digitalisiert! –, ist im Haushaltsjahr 2015 wieder gestrichen. Es fehlt vor allem ein Konzept, wie das Filmerbe dauerhaft gerettet werden kann. Das muss – wie vieles andere auch – dringend angegangen werden.

Und die Zukunft des Films kürzen Sie sukzessive ein. 2013 gab es 70 Millionen Euro für den Filmförderfonds, dieses Jahr 60 Millionen Euro und für das nächste Jahr sind trotz gegenteiliger Ankündigungen nur noch 50 Millionen Euro eingeplant. Wenn das so weitergeht, dann haben Sie 2020 den Filmförderfonds abgewickelt.

(Marco Wanderwitz [CDU/CSU]: So ein Blödsinn!)

Die Förderung deutscher Produktionen ist nicht nur kulturell von Wert, sondern auch wirtschaftlich. Jeder investierte Euro bringt 6 Euro für die Wirtschaft. Wenn wir dann auch noch offen und ehrlich die Vergabe der Gelder evaluieren würden, hätten wir richtig was für den Filmstandort Deutschland getan.